

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses I vom 30. November 2020

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 419 von Herrn HILLIGSMANN (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zu radikalen Strukturen und Prävention von Radikalisierung**

Die Festnahme zweier Jugendlichen aus den Gemeinden Eupen und Kelmis am 31.10.2020 hat in Ostbelgien und darüber hinaus für viel Aufsehen gesorgt. Die zwei Jugendlichen stehen in Verdacht, einen Terroranschlag auf Polizeibeamte geplant zu haben. Die beiden sollen sich zur Terrororganisation Islamischer Staat bekannt haben. Solche Schlagzeilen schienen für viele in der DG unvorstellbar. Immerhin ist es der erste Vorfall dieser Art in unserer Gemeinschaft.

Auch wenn es sich bisher um einen Einzelfall handelt, und man sich davor hüten sollte dieses Ereignis über zu bewerten, verdient es unsere Aufmerksamkeit.

Daher lauten meine Fragen an Sie Herr Ministerpräsident,

- *Handelt es sich bei diesem Ereignis um einen Einzelfall, oder haben Sie Kenntnis über weitere Fälle von Radikalisierung in der DG?*
- *Falls ja, gibts es Erkenntnisse zu den Strukturen, über welche solche Radikalisierungen stattfinden?*
- *Gibt es, zum Beispiel an den Schulen, Bemühungen solchen Radikalisierungen vorzubeugen?*

Antwort des Ministerpräsidenten:

Im April 2017 hat die Regierung beim Dienst Kaleido eine sogenannte Wegweiser-Anlaufstelle zur Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus eingesetzt. Die Anlaufstelle orientiert sich am renommierten Programm „Wegweiser“ in Deutschland, mit dem aufgrund eines Zusammenarbeitsabkommens zwischen der DG, dem Land NRW und der Stadt Aachen eine enge Zusammenarbeit besteht.

Zu den Aufgaben der Anlaufstelle gehören Einzelberatungen in Zusammenarbeit mit allen relevanten Diensten in Ostbelgien wie der Jugendhilfe, den ÖSHZ, der Familienberatung, dem Arbeitsamt, usw..

Weitere Aufgaben der Anlaufstelle sind z. B. die Sensibilisierung und die Fortbildung von Schülern und Lehrpersonen. Diese Präventionsarbeit ist sehr wichtig.

Ich erinnere aber daran, dass weder Wegweiser noch andere Dienste der DG zu irgendeinem Zeitpunkt Sicherheits- oder Polizeizuständigkeiten ausüben. Die im Rahmen unserer Zuständigkeitsbereiche angebotenen Dienstleistungen im Radikalismusbereich

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

können immer nur präventiver bzw. psycho-sozialer Natur sein. In Bezug auf Präventionsmaßnahmen im schulischen Bereich habe ich dem Parlament kürzlich in meiner Antwort auf eine Frage von Kollege Freches bereits mitgeteilt, dass das Institut für Demokratie Pädagogik (IDP) weiterhin den Katalog „Demokratie macht Schule“ anbietet.

Das IPD bietet Workshops für Lehrpersonal zu Rassismus- und Extremismusthemen an. Auch wurde z. B. der Film ‚Der letzte Jolly Boy‘ im Beisein des Regisseurs in ostbelgischen Schulen gezeigt. Bereits am 11. Juni 2019 führte Wegweiser gemeinsam mit dem Dienst „Info Integration“ einen Workshop zum Thema Diskriminierung und Rassismus im Zentrum für Förderpädagogik Eupen durch.

Am 17. März 2020 organisierte die Wegweiser-Anlaufstelle in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule eine Fortbildung zum Thema „Umgang mit Konflikten im Interkulturellen Kontext“.

Ferner initiierten Wegweiser, Kaleido Ostbelgien, Info Integration und SPA-Mosaik das zweijährige Projekt „Interkulturelle Kompetenzen fördern“.

Dies sind nur einige Beispiele der zahlreichen konkreten Maßnahmen, die die Anlaufstelle in den vergangenen Monaten und Jahren umgesetzt hat.

Des Weiteren findet ein ständiger Austausch unserer Wegweiser-Anlaufstelle mit den Fachstellen in Baden-Württemberg statt.

Nicht zuletzt nimmt die Anlaufstelle regelmäßig an den Arbeiten der Nationalen Taskforce Plan R teil, dem zentralen Konzertierungsorgan der OCAM in Sachen Radikalismusprävention.

In Bezug auf die beschriebenen Festnahmen in Eupen und Kelmis kann ich dem Parlament mitteilen, dass die Wegweiser-Anlaufstelle in aufarbeitende Austausche mit den zuständigen Einrichtungen und Behörden einbezogen wurde.

Ferner fand ein Gespräch in Beisein von Vertretern der Regierung, der Gemeinden Eupen und Kelmis, der Staatsanwaltschaft und der Polizei statt.

Ich bitte um Verständnis, dass ich nicht auf die Hintergründe der erfolgten Festnahmen und die hiermit verbundene polizeiliche Ermittlungsarbeit eingehen kann.

Dazu bin ich nicht befugt.

• **Frage Nr. 420 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum Gas-Projekt St. Vith 2022 – Arbeitsgespräch mit Minister Henry**

Zwischen dem wallonischen Minister für Klima, Energie und Mobilität, Philippe Henry und Ihnen, werter Herr Ministerpräsident, fand ein virtuelles Arbeitsgespräch statt. Eines der Gesprächsthemen behandelte – so laut BRF Bericht vom 25.11.2020 – das Thema des Gas-Projektes in St.Vith.

Ebenfalls war in der Pressemitteilung zu lesen, dass das Jahr 2022 als Startschuss gelten soll. Dies bestätigt nicht nur die bereits im Januar 2020 im Rahmen einer Pressekonferenz in St.Vith getätigten Aussagen der Verantwortlichen, sondern hebt auch den Willen der Wallonischen Region in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden vor Ort hervor, dieses ambitionierte Pilotprojekt auf die Beine zu stellen.

Wenn ich von Verantwortlichen spreche, dann meine ich vor allen Dingen die SPI, Fluxsys sowie Resa. Initiiert im Gebietskomitee der SPI für die deutschsprachigen Gemeinden im Jahre 2015, stehen wir nunmehr vor dem Start eines noch nie realisierten Projektes der dezentralisierten Gasversorgung in Belgien.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Ministerpräsident:

- *Welche definitiven Rückschlüsse können Sie aus dem Arbeitsgespräch mit ihrem Kollegen HENRY ziehen?*

- *Inwiefern wird die Möglichkeit der dezentralisierten Gasversorgung in die Planung der zukünftigen Infrastrukturprojekte der DG integriert?*

Antwort des Ministerpräsidenten:

Am 24. November führte ich ein Gespräch mit dem wallonischen Minister für Klima, Energie und Mobilität. Das Treffen reiht sich in die regelmäßigen und freundschaftlichen Arbeitsbeziehungen der DG mit der Wallonischen Region ein, insbesondere im Bereich der Energie und Mobilität.

Wir haben den Termin dazu genutzt, für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen DG und WR bei der Umsetzung unseres integrierten Energie- und Klimaplanes zu werben. Unser Ziel bleibt, die CO₂ Emissionen bis 2030 um 50% zu senken. Da wir nur über einen sehr kleinen Teil der regionalen Energiezuständigkeiten verfügen, können wir dieses Ziel nur erreichen, wenn wir eng mit der WR zusammenarbeiten.

Minister Henry hat diese Initiative ausdrücklich begrüßt und eine enge Zusammenarbeit zugesagt.

Ferner haben wir dem wallonischen Energieminister das kürzlich fertiggestellte Radverkehrskonzept für die DG vorgestellt.

Ebenso haben wir erneut eindringlich für eine attraktivere Tarifgestaltung der TEC-Linie 14 zwischen Eupen und Aachen geworben.

Der wallonische Energieminister teilte uns darüber hinaus mit, dass „aufgrund der starken Zersiedelung der Landschaft zahlreiche "weiße Zonen" in der Wallonischen Region bislang nicht über einen Zugang zum Erdgasnetz verfügen.

Allein in der Provinz Lüttich sei dies in 28 von 84 Gemeinden der Fall.

Resa, der Gas- und Elektrizitätsnetzbetreiber in der Provinz Lüttich, fördere mit einem Pilotprojekt die Verwendung von Gas anstelle von Heizöl. Erdgas sei billiger und weniger umweltschädlich als Heizöl. Zwei gute Gründe, „weiße Zonen“ per LKW an das Netz anzubinden. So solle auch die Stadt St. Vith ab 2022 mit Erdgas versorgt werden.

Das Pilotprojekt umfasse den Bau einer Mutterstation in Stavelot, wo das Gas komprimiert und dann per LKW zur 25 km entfernten Entspannungsstation St. Vith transportiert werde. Dort werde es in das Netz eingespeist.

Die Entspannungsstation soll ihrerseits mit Rohrleitungen für die Versorgung künftiger industrieller, öffentlicher und privater Kunden ausgestattet werden. Laut Schätzung brauche es einen LKW, um täglich die Verbindung zwischen den beiden Standorten herzustellen.

Dabei würde jede Menge CO₂ eingespart: Bisher würden rund 1.500 Tonnen davon pro Jahr ausgestoßen, um Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und die Bevölkerung von St. Vith zu versorgen. Mit dem neuen Prozess würden es nur noch 3 Tonnen pro Jahr sein.“

Die Möglichkeit der Integration des Projektes in zukünftige Infrastrukturprojekte der DG ist grundsätzlich gegeben, so z.B. im Rahmen des anstehenden Schulbauprogramm II.

Natürlich müssen entsprechende Zeitschienen berücksichtigt und ggf. harmonisiert werden.

Konkrete Projektanträge liegen dem Ministerium zwar bislang nicht vor.

Eine enge Absprache mit den Verantwortlichen der WR und der Stadt St.Vith macht aber auf jeden Fall Sinn.

• Frage Nr. 421 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum Einzelhandel – Unterstützung der DG

Wie der BRF am 10. November 2020 meldete, fand ein Treffen zwischen Ihnen und Vertretern von Gewerbevereinen aus Büllingen, Bütgenbach, St. Vith sowie Eupen und Kelmis statt. Nicht nur Geschäftsleute aus der Eifel, sondern auch aus dem Eupener Land waren somit vertreten, um ihren Sorgen und Existenznöten Gehör zu verschaffen.

Angesichts des anstehenden Weihnachtsgeschäfts erhoffen sich die ostbelgischen Geschäftsleute, dass die Kunden sich ihre Einkäufe nicht im Ausland oder im Internet besorgen, sondern vielmehr auf die Wiederöffnung der lokalen Geschäfte warten.

Die Förderung des lokalen Einkaufs steht ganz oben auf der Wunschliste der Geschäftsleute – nicht nur Ansätze wie Werbung und Marketing, sondern auch das Thema der lokal einlösbaren Schecks kamen laut Berichterstattung zur Sprache.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Ministerpräsident:

- *An welchen Lösungen wurden nun, rund 3 Wochen nach dem Gespräch, für die Stärkung des lokalen Einzelhandels gearbeitet?*
- *Welche Vorschläge können rasch umgesetzt werden?*

Antwort des Ministerpräsidenten:

Das Treffen vom 10. November mit den Gewerbevereinen war sehr konstruktiv. Meine Kollegin Isabelle Weykmans hat übrigens im selben Zeitraum die Vertreter der Arbeitgeberverbände getroffen. Seitdem haben meine Kollegin und ich selbst mehrere Arbeitssitzungen und Konzertierungsgespräche u.a. mit den Bürgermeistern zu diesem Thema organisiert.

Wie Sie wissen, ist die DG nicht für Wirtschaftshilfen zuständig. Wir dürfen als DG also keine direkten Beihilfen an den Einzelhandel oder an Kontaktberufe auszahlen. Trotzdem haben wir 4 Unterstützungsmöglichkeiten identifiziert, die derzeit umgesetzt werden:

1. Die DG hat eine breit angelegte DG Werbekampagne zur Förderung des lokalen Einkaufens („Sei genial – kauf lokal“) auf den Weg gebracht. Diese Kampagne nutzt unterschiedliche Medien (Soziale Netzwerke/ Plakate/ Radio/ Anzeigen). Die Kampagne macht auch gezielt auf die bereits bestehenden Initiativen in den Gemeinden aufmerksam, die auf ihren Internetseiten die Online-Angebote des Handels zusammenfassen
2. Wir unterstützen die Einzelhändler dabei, ihre Angebote zu digitalisieren. Unter anderem durch Weiterbildungen. Federführend sind dabei die WfG und die ZAWM.
3. Wir arbeiten an der Schaffung einer DG-weiten Plattform für den E-Handel: Online-Portal für Webshops in Ostbelgien
4. Die Regierung der DG hat ein Hilfspaket in Höhe von 2,5 Millionen Euro beschlossen, um die Gemeinden dabei zu unterstützen, dem Einzelhandel und den geschlossenen Sektoren direkte finanzielle Beihilfen auszus zahlen.

Die Gemeinden, so denken wir, haben ein großes Interesse daran, den lokalen Einzelhandel und die wirtschaftliche Infrastruktur für die Nach-Corona-Zeit zu erhalten, das Ladensterben aufzuhalten und für Bürger, Besucher und Kundschaft attraktiv zu bleiben. Sie dürfen im Gegensatz zur DG direkte Wirtschaftsbeihilfen auszahlen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird sich an den Kosten für die kommunalen Direkthilfen mit 50 % bzw. 75% beteiligen.

Die Gemeinden dürfen selbst über die Höhe und die Art der Beihilfen entscheiden. Wir haben den Gemeinden zudem in einem Haushaltsrundsreiben die Möglichkeit gegeben, in den Jahren 2020 und 2021 Haushaltsdefizite zu machen. Das eröffnet ihnen neue finanzpolitische Spielräume. Wir brauchen in diesen außergewöhnlichen Zeiten außergewöhnliche Maßnahmen. Wir brauchen eine gemeinsame finanzielle Kraftanstrengung, um die geschlossenen Sektoren zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass Ostbelgien auch nach der Krise eine Region mit hoher Lebensqualität bleibt.

Darüber hinaus hatten wir den Gewerbevereinen versprochen, uns im Konzertierungsausschuss für eine rasche Wiedereröffnung der Geschäfte einzusetzen. Das haben wir getan.

Für viele Betroffene war die Entscheidung des Konzertierungsausschusses, die Geschäfte zum 01.12 wieder zu öffnen, von überlebenswichtiger Bedeutung.

Das Weihnachtsgeschäft ist für viele Einzelhändler nämlich die umsatzstärkste Zeit im Jahr.

• **Frage Nr. 422 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Orientierungsnote der beiden nationalen Minister für institutionelle Reformen**

Am 13. November stellten die beiden Minister für institutionelle Reformen ihre Orientierungsnote in der Kammer vor. Diese dient nicht zuletzt der Vorbereitung einer künftigen Staatsreform. Aus deren Inhalt geht außerdem hervor, dass in Erwartung dieser Staatsreform bereits intensivere und regionalspezifische Formen der Zusammenarbeit zwischen der föderalen Ebene und den Gliedstaaten beschlossen werden könnten, dies auch innerhalb von Zuständigkeitsbereichen, die schon derzeit teilweise von der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeübt werden.

Demnach könnte die Ausübung bisher auf föderaler Ebene verbliebener Zuständigkeiten unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen Besonderheiten vereinbart werden. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Beschäftigung und die Gesundheit als Beispielbereiche genannt, in denen eine derartige vertiefte und gezieltere Zusammenarbeit erfolgen könnte. Dies, um eine anschließende definitive Zuständigkeitsübertragung vorzubereiten.

Zudem sollen laut der beiden Minister für institutionelle Reformen auch verstärkt Elemente der Bürgerbeteiligung in diese Überlegungen einfließen.

Als DG wissen wir nur zu gut, wie wichtig es für uns als Teilstaat ist, uns frühzeitig mit bevorstehenden institutionellen Reformen in Belgien zu befassen. Hier heißt es, den Pfad der Tugend in Richtung eines Belgien zu viert konsequent weiter zu gehen. Nicht zuletzt gilt es an den jüngsten Resolution unseres Parlamentes zur Weiterentwicklung der belgischen Staatsreform festzuhalten.

Hauptziel der institutionellen Reformen sollte unseres Erachtens mehr denn je eine kohärente, pragmatische und verständliche Zuständigkeitsaufteilung sein, dies nicht zuletzt mit Blick auf die in der Corona-Krise gemachten Erfahrungen.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den zuständigen Ministern bereits konkrete Forderungen zur Umsetzung der genannten PDG-Resolutionen zukommen lassen?*
- *Welche Möglichkeit der Bürgerbeteiligung in Ostbelgien sieht die Regierung in diesem Zusammenhang?*
- *Wird die Regierung aktiv auf die zuständigen Minister zugehen, um in den Bereichen Gesundheit und Beschäftigung stärker noch als heute auf die Besonderheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, auch im Rahmen der föderalen Zuständigkeiten, einzugehen?*

Antwort des Ministerpräsidenten:

In ihrer Orientierungsnote 13.11.20 haben die beiden Minister Verlinden und Clarinval aufgezeigt, in welchen Bereichen und mit welcher Methode die 7. Staatsreform vorbereitet werden soll. Gleichzeitig unterbreiten sie Vorschläge zur demokratischen Erneuerung und

zur Reform der repräsentativen Demokratie. Die beiden Minister für institutionelle Reformen und demokratische Erneuerung werden diesen Prozess federführend koordinieren. Ich finde die vorgeschlagenen Orientierungen höchst interessant. Sie beinhalten durchaus Perspektiven und Chancen für unsere Gemeinschaft. Chancen, die wir nutzen müssen. Die Minister schlagen zum Beispiel noch für diese Legislaturperiode neue Formen der Kooperation zwischen Föderalstaat und Gliedstaaten vor insbesondere für gemischte Zuständigkeitsbereiche wie Arbeitsmarkt, Gesundheit, nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz. Sie erwägen für einige Bereiche eine asymmetrische Nutzung von Kompetenzen, um den Bedürfnissen vor Ort besser Rechnung tragen zu können. Sie werden zudem Vorschläge zur Reform von Art 7bis der Verfassung unterbreiten. Auch wollen sie die Gliedstaaten stärker an der Verwaltung des LIKIV beteiligen. Sie kündigen darüber hinaus an, dass der finanzielle Anteil der Gemeinschaften beim Verkauf der 5G Lizenzen erhöht werden soll. All das ist spannend. All das betrifft uns sehr konkret.

Innovativ ist auch die vorgeschlagene Methode, die Bürgerinnen und Bürger bei der Ausarbeitung von Vorschlägen zu beteiligen. Nach dem Vorbild der Konferenz zur Zukunft Europas will man eine Dialogplattform über die Zukunft des belgischen Föderalismus schaffen. Die Minister laden die Kammer ein, gemischte Panels einzurichten, in denen gewählte Parlamentarier und per Losverfahren ausgewählte Bürger gemeinsam an Vorschlägen arbeiten.

Vieles muss noch präzisiert werden, aber den vorgeschlagenen Weg der beiden Minister unterstütze ich. Und Sie haben recht, Kollege Servaty, wir müssen uns frühzeitig und proaktiv damit beschäftigen. Ich habe den beiden Ministern deshalb bereits die genannten Resolutionen unseres Parlamentes zukommen lassen. Und selbstverständlich werde ich den Ministern unsere Position auch mündlich verdeutlichen. So treffe ich bspw. Innenministerin Annelies Verlinden am 12.01.21, um ein erstes Mal über unsere Vorstellungen auszutauschen. Minister Clarinval habe ich ebenfalls Terminvorschläge unterbreitet.

Die Orientierungsnote unterstreicht zudem die Bedeutung der Interministeriellen Konferenzen, vor allem die Bedeutung des Konzertierungsausschusses, der bei all dem eine zentrale Rolle spielen wird. Auch auf dieser Ebene werden wir uns selbstverständlich aktiv einbringen. In einer Fragestunde ist es leider nicht möglich, auf alle Einzelheiten einzugehen.

Ich würde mir wünschen, wenn wir uns regelmäßig hier im Parlament über die Entwicklungen austauschen könnten.